



Liebe Leser,
im Blauen Rundbrief der Woche informieren wir Sie fortlaufend über die aktuellen Presse- und sonstigen Mitteilungen der Alternative für Deutschland, Sachsen und aus Ihrem Kreisverband.

Inhaltsverzeichnis

Aktuelles aus dem Kreisverband Bautzen	4
Wahlkampfunterstützung für Sachsen-Anhalt.....	4
Nachrichten von und mit Karsten Hilse	4
Besuch einer Schülergruppe auf Einladung von Karsten Hilse, MdB im Deutschen Bundestag	4
Das neue Klimaschutzprogramm der Bundesregierung ist ein Desaster.	5
Beratung des Antrags der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN „Klimaschutzprogramm als Entlastungsprogramm“ Rede Karsten Hilse, 27.3.2026	5
Termine für Informationsfahrten in den Deutschen Bundestag 2026	5
NEUES von unseren Landtagsabgeordneten	6
Vogelgrippe-Impfstoff? – Schutz oder neues Risiko?	6
Stellenplan der Landkreisverwaltung wächst weiter, trotz sinkender Einwohneranzahl!	7
Frohe Ostern Euch allen!.....	8
Wjesole Jutry Wam všëm!	8
Veranstaltungen und weitere Termine im Kreisverband Bautzen	9
Neues von der AfD Sachsen und der AfD-Fraktion im Sächsischen Landtag	10
Der Corona-Untersuchungsausschuss im Sächsischen Landtag.....	10
Vorsicht, Post aus Sachsen! Die Sonntagskolumne von Jörg Urban vom 22.3.2026	10
Die Sonntagskolumne im Audio-Format	12
PRESSEMITTEILUNGEN vom 23.3.2026	12
Verbindlicher Mindestabstand zu jedem Haus: Wildwuchs von Windrädern beenden!	12
PRESSEMITTEILUNGEN vom 24.3.2026	13
MP Kretschmer lässt sich von Kleinpartei SPD die Agenda vorschreiben: Für Sachsen bedeutet das Stillstand!	13
AfD-Anfrage zu Gewalt an Schulen: 63 Prozent ausländische Tatverdächtige!	13
PRESSEMITTEILUNGEN vom 25.3.2026	14



Appell gegen Windkraft	14
CDU weder zur Abschaffung des SPD-Integrationsgesetzes noch zur Abschaffung des Integrationsbeauftragten bereit!.....	15
Fachregierungserklärung: Schluss mit der Absenkung des Bildungsniveaus!.....	15
PRESSEMITTEILUNGEN vom 26.3.2026	16
Ideologie aus dem Lehrplan streichen: Pflichtfach Wirtschaft einführen!	16
PRESSEMITTEILUNGEN vom 27.3.2026	17
Nächster Erfolg im Kampf gegen Windkraft. Jöhstadt sagt NEIN!.....	17
Wutbrief des Handels: Keine Steuer-Erhöhlungen!	17
Neues von der Alternative für Deutschland und der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag	18
PRESSEMITTEILUNGEN des Bundesvorstandes der Alternative für Deutschland	18
PRESSEMITTEILUNGEN der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag	18
Weitere Veröffentlichungen der AfD in den sozialen Netzwerken	18
DAX-Konzerne im freien Fall: Den Abstieg stoppen, Arbeitsplätze sichern!.....	18
Gewalt an Schulen explodiert: So lässt die SPD unsere Kinder im Stich!	19
Rechte Mehrheit im Europäischen Parlament: Wir verteidigen die europäische Migrationswende!	20
Spritpreis-Täuschung der CDU: Mit dieser Maßnahme sparst Du keinen Cent!.....	20
Mahmouds Lächeln lassen wir uns einiges kosten	21
Merz und Klingbeil: Weitere Milliarden fürs Klima, die Rechnung bezahlst Du!.....	21
Dobrindts Abschiebe-Show: Ein Tropfen auf den heißen Stein!	22
Partei der Leistungsträger: Gewerkschafter setzen auf Blau statt Rot!	22
Gesundheitssystem kollabiert wegen Migration: Merz wirft Deinen Partner aus der Familienversicherung!	23
11 Mio. Barrel fehlen täglich: Kernkraft-Ausstieg treibt Deutschland in den Ruin!.....	24
Erneuter Brandanschlag von Linksextremisten: Extremistische Gewalt konsequent bekämpfen!	24
Stephan Brandner: Echter Schutz von Frauen statt digitale Symbolpolitik!.....	25
Statt Dauerüberwachung einer Islamistin (14): Samt Familie sofort abschieben!.....	25
Meldungen aus Sachsen, Deutschland und der Welt.....	26
KZ-Tor vor Finanzamt aufgebaut: Kripo ermittelt wegen Nazi-Parole	26
Vater von ermordeter Ann-Marie äußert sich zum Fall Fernandes: „Für unsere Kinder gab es keine Demo ...“	26
Pistorius lässt sich mit Gattin von der Luftwaffe in den Australien-Urlaub fliegen!.....	26



Für Noelia gab es keine Demonstration und keine Medienkampagne	26
Video-Empfehlungen	26
Informationskanäle der AfD.....	26
Auf1 - Alternatives, unabhängiges Fernsehen	27
Radio Klartext	27
NIUS – Die Stimme der Mehrheit.....	27
Ostdeutsche Allgemeine Zeitung	27
Internetseiten und Videokanäle im AfD-Kreisverband Bautzen	27
Regionalgruppen im KV Bautzen	29
SPENDENKONTO	29
KONTAKT:.....	29

Aktuelles aus dem Kreisverband Bautzen

Wahlkampfunterstützung für Sachsen-Anhalt

Das Jahr 2026 wird in einigen Bundesländern ein spannendes Wahljahr.

Baden-Württemberg Anfang März war leider kein Vorbild. Richtungsweisend werden die Landtagswahlen in Mecklenburg-Vorpommern (20.9.2026) und in Sachsen-Anhalt (6.9.2026).

Wir als Kreisverband Bautzen wollen vor allem den Wahlkampf im benachbarten Sachsen-Anhalt unterstützen. Wer Interesse hat, mal einen Tagesausflug mit uns zu machen und beim Verteilen von Flyern zu helfen, kann sich gerne bei uns melden.

Bei genügend Interesse werden wir einen Bus mieten und gemeinsam nach Sachsen-Anhalt fahren. Bitte geben Sie uns unter info@afdbautzen.de Bescheid, ob Sie Interesse haben und in welchem Zeitraum.

Auf der Webseite www.vision2026.de kann man sich auch selbst anmelden, wenn man z. B. einige Tage länger in Sachsen-Anhalt bleiben will.

Nachrichten von und mit Karsten Hilse

Besuch einer Schülergruppe auf Einladung von Karsten Hilse, MdB im Deutschen Bundestag

Im Rahmen unserer jährlichen Informationsfahrten traf unsere erste Gruppe in diesem Jahr Karsten Hilse, unseren Lausitzer Bundestagsabgeordneten und als kleine Überraschung auch noch Alice Weidel. Die Jungen und Mädchen der 9. Klasse einer Schule aus dem Landkreis Bautzen waren zwei Tage zu Besuch in Berlin und besichtigten u.a. das THW, konnten im Deutschen Dom eine Plenarsitzung nachstellen und eine Plenardebatte live verfolgen.



Wir freuen uns, daß junge Menschen Interesse hatten, solch eine Fahrt mit uns zu machen und hoffen, daß sie mit tollen Eindrücken und Erlebnissen wieder nach Hause fahren.

Berlin, 27. März 2026

Das neue Klimaschutzprogramm der Bundesregierung ist ein Desaster.

Niemand folgt uns auf diesem Weg!

Karsten Hilse dazu hier im Video: <https://www.facebook.com/reel/2415091538903805>

Beratung des Antrags der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN „Klimaschutzprogramm als Entlastungsprogramm“ | Rede Karsten Hilse, 27.3.2026

<https://www.bundestag.de/mediathek/video?videoid=7651256>

Termine für Informationsfahrten in den Deutschen Bundestag 2026

Liebe Mitglieder, Freunde und Sympathisanten der AfD,

auch in diesem Jahr bieten wir wieder die beliebten Informationsfahrten nach Berlin und in den Deutschen Bundestag an und Karsten Hilse, unser Lausitzer Bundestagsabgeordneter lädt Sie herzlich auf diesen Ausflug ein.



Wir reisen in einem komfortablen Reisebus nach Berlin und übernachten in einem Hotel direkt in Berlin. Neben dem Besuch im Bundestag und der Gesprächsstunde mit Karsten Hilse werden wir die zwei Tage wie gewohnt mit interessanten und spannenden Programmpunkten abrunden.

Die Teilnahme an dieser Reise ist generell kostenlos, abgesehen von eventuell anfallenden Eintrittsgeldern und einem kleinen Trinkgeld für unseren Busfahrer und den Gästebetreuer in Berlin. Außerdem enthalten ist zweimal Mittagessen.

Die Übernachtung erfolgt grundsätzlich in Doppelzimmern. In manchen Hotels ist es jedoch in Einzelfällen auch möglich, gegen Selbstzahlung des Aufpreises vor Ort, ein Einzelzimmer zu bekommen, darauf besteht aber kein Anspruch!

Termine:

21./22. Mai 2026 (mit Warteliste, da derzeit ausgebucht)

19./20. November 2026

(jeweils Donnerstag und Freitag)

Anmeldung:

Unter Angabe aller folgenden Punkte, **bitte ausschließlich unter folgender Mailadresse:** karsten.hilse.ma02@bundestag.de

- Name, Vorname
- vollständige Adresse (Straße, PLZ, Wohnort)
- Geburtsdatum und -ort
- Mobilnummer, Emailadresse
- Zustieg (Bautzen oder Hoyerswerda)

- Doppelzimmer mit namentlicher Belegung oder eventueller Einzelzimmerwunsch
- Vegetarier, Veganer, eventuelle Behinderungen

NEUES von unseren Landtagsabgeordneten

Vogelgrippe-Impfstoff? – Schutz oder neues Risiko?

Wenn ich die aktuellen Diskussionen über Vogelgrippe-Impfstoffe verfolge, spüre ich vor allem eines: ein wachsendes Unbehagen. Immer wieder höre ich, dass neue Impfstoffe entwickelt



werden, dass Milliarden in Forschung fließen und dass große Pharmakonzerne bereits in den Startlöchern stehen. Für mich wirkt es oft so, als gehe es längst nicht mehr nur um Gesundheit, sondern auch um enorme wirtschaftliche Interessen. Ich frage mich, was genau in diesen Impfstoffen steckt. Offiziell heißt es, sie enthalten Virusbestandteile, Wirkverstärker und Hilfsstoffe, die das Immunsystem aktivieren sollen. Alles sei geprüft und dokumentiert. Trotzdem bleibt bei mir ein Gefühl der Unsicherheit. Denn langfristige Folgen lassen sich nie vollständig vorhersagen – und genau diese Ungewissheit macht mir Sorgen.

Besonders kritisch sehe ich die Situation bei Tieren. Millionen von Geflügeltieren werden in der Landwirtschaft gehalten, und Impfprogramme könnten dort massiv ausgeweitet werden. Ich frage mich, welche Auswirkungen das langfristig auf Tiergesundheit, Zuchtbedingungen und die natürliche Entwicklung von Krankheitserregern haben kann, ob wir am Ende als Verbraucher immer stärker in ein System eingebunden werden, in dem technische Eingriffe zur Normalität werden.

Hinzu kommt für mich die wirtschaftliche Dimension. Impfstoffe sind ein milliardenschwerer Markt. Pharmaunternehmen profitieren, Staaten investieren große Summen, und auch Börsen reagieren auf entsprechende Nachrichten. In solchen Strukturen fällt es mir schwer zu glauben, dass ausschließlich gesundheitliche Gründe im Mittelpunkt stehen. Zu groß erscheint mir der Einfluss von wirtschaftlichen Interessen auf politische Entscheidungen.

Ich sehe durchaus, dass Vorsorge gegen mögliche Pandemien notwendig ist. Aber ich wünsche mir viel mehr Transparenz, viel mehr unabhängige Forschung und vor allem eine ehrlichere öffentliche Diskussion darüber, wer tatsächlich von solchen Entwicklungen profitiert – und welche Risiken möglicherweise in Kauf genommen werden.

Doreen Schwietzer, MdL

25. März 2026

<https://afdsachsen.de/vogelgrippe-impfstoff-schutz-oder-neues-risiko/>



Stellenplan der Landkreisverwaltung wächst weiter, trotz sinkender Einwohnerzahl!

Dazu erklärt MdL Timo Schreyer:

Meine Anfrage (Drs.-Nr.8/6032) vom 23.03.2026 zum Thema „Stellenbedarf der Landkreisverwaltung Bautzen von 2020 bis 2025“ ergab, dass der Stellenplan der Landkreisverwaltung weiter wächst, trotz sinkender Einwohnerzahl, wenn man die Personalstandsrichtwerte, ermittelt nach Einwohnerzahlen, unterstellt.

(VzÄ -Vollzeitäquivalente je Einwohner)

Das heißt jetzt in Zahlen?

Nimmt man den bereinigten Soll-Stellenplan zugrunde, hätten wir in der Landkreisverwaltung 2020 – 167 VzÄ, 2021– 241 VzÄ, 2022 – 256 VzÄ, 2023 – 270 VzÄ, 2024 – 275 VzÄ und 2025 - 281 VzÄ zu viel angestellt, nach Personalstandsrichtwerten!



In Berichten werden Personalkosten für 1,0 VzÄ oft im Bereich von ca. 70.000 Euro pro Jahr angesetzt.

Da reden wir für das Jahr 2025 von 19,670 Mio. Euro Mehrbedarf im Personalbereich gegenüber der Verwaltungsvorschrift.

Unsere Grundsatzforderung seit 2021, eine Streichung der Stellen nach den Personalstandsrichtwerten vorzunehmen, erfolgte bis heute nicht.

Ich persönlich fordere dringend, in den diesjährigen Haushaltsverhandlungen für das Jahr 2027/2028, eine Anwendung der Verwaltungsvorschrift – VwV Kommunale Haushalte - und die damit verbundene Stellenkürzung umzusetzen, um den Haushalt zu entlasten.

Jede eingesparte Stelle in der Landkreisverwaltung entlastet auch die Kommunen bei der Kreisumlage.

Timo Schreyer, MdL
24. März 2026

<https://afdsachsen.de/stellenplan-der-landkreisverwaltung-waechst-weiter-trotz-sinkender-einwohneranzahl/>

Frohe Ostern Euch allen!

Ich wünsche Euch erholsame Feiertage – mit Sonne im Gesicht, Schokolade im Nest und vor allem mit lieben Menschen an Eurer Seite.

Gerade in bewegten Zeiten sind solche Momente der Ruhe und des Innehaltens besonders wertvoll.

Lasst uns die Kraft daraus mitnehmen, zuversichtlich nach vorn zu schauen – denn wir haben noch viel vor.

Doreen Schwietzer, MdL

Wjesołe Jutry Wam wšëm!

Přeju Wam rjane swjatki – ze slónčkom na wobliču, čokoladu w jajkach a přede wšëm z lubymi ludźimi wokoło.

Runje w pohnutych časach su tute wokomiki wotpočinka a přemyslenja wosebje hódnotne.

Wostańće dowěrliwi – mamy hišće wjele před sobu.

Doreen Schwietzer, MdL





Veranstaltungen und weitere Termine im Kreisverband Bautzen

Mi	08.04.2026	18.00 Uhr	Bernsdorf OT Wiednitz vorm Jägerhof	BÜRGERDIALOG des Bürgermeisterkandidaten Lutz Härtner Gast: Karsten Hilse, MdB
Mi	15.04.2026	18.00 Uhr	Bürgerbüro Bautzen Postplatz 1 02625 Bautzen	VORTRAGSABEND der Generation Deutschland Thema: "Einführung in das deutsche Ausländerrecht" Du bist zwischen 16 und 35 Jahre alt? Anmeldung unter: nicole.scharpe@afdbautzen.de
Do	16.04.2026	18.00 Uhr	Bürgerbüro Bautzen Postplatz 1 02625 Bautzen	STAMMTISCH mit Jörg Urban, MdL
Fr	17.04.2026	18.00 Uhr	Wahlkreisbüro Hoyerswerda Dietrich-Bonhoefer-Str. 7 02977 Hoyerswerda	STAMMTISCH mit Doreen Schwietzer, MdL
Mi	22.04.2026	16.00-18.00 Uhr	Wahlkreisbüro Hoyerswerda Dietrich-Bonhoefer-Str. 7 02977 Hoyerswerda	BÜRGERSPRECHSTUNDE mit Doreen Schwietzer, MdL
Di	28.04.2026	14.00-17.00 Uhr	Wahlkreisbüro Hoyerswerda Spremberger Str. 11	BÜRGERSPRECHSTUNDE mit Karsten Hilse, MdB
Mi	29.04.2026	14.00-17.00 Uhr	Wahlkreisbüro Kamenz Klosterstr. 4 01917 Kamenz	BÜRGERSPRECHSTUNDE mit Karsten Hilse, MdB
Do	30.04.2026	14.00-17.00 Uhr	Wahlkreisbüro Bautzen Postplatz 1 02625 Bautzen	BÜRGERSPRECHSTUNDE mit Karsten Hilse, MdB

Termine, Pressemitteilungen und weitere Infos aus dem KV Bautzen finden Sie hier:
www.afdbautzen.de



Neues von der AfD Sachsen und der AfD-Fraktion im Sächsischen Landtag

Der Corona-Untersuchungsausschuss im Sächsischen Landtag

Hier finden Sie alle Informationen:



Vorsicht, Post aus Sachsen!

Die Sonntagskolumne von Jörg Urban vom 22.3.2026

Liebe Freunde, liebe Leser,

die Erdgas-Lagerstätte zwischen dem Iran und Katar im Persischen Golf liefert „mit Abstand“ mehr Energie „als alle Solarzellen und Windräder der Welt zusammen“.

So schreibt es der englische Journalist Ed Conway, der mit seinen Ausführungen über die „Material World“ 2024 den Wirtschafts-Buchpreis gewann.

Auch wenn es grüne Ideologen nicht wahrhaben wollen, so sind fossile Rohstoffe immer noch die Grundlage unseres Wohlstands – ja sogar unseres gesamten Lebens. Es geht dabei nicht nur ums Autofahren oder Heizen. Ohne entsprechende Rohstoffe ist zum Beispiel auch keine moderne Medizin denkbar und die





Ernährungssicherheit würde ohne diese Rohstoffe von heute auf morgen komplett zusammenbrechen.

Auch Windräder und Solaranlagen funktionieren übrigens nicht nur mit Wind und Sonne. Sie müssen auch erst einmal aus entsprechenden Materialien gebaut werden. Was vielleicht ebenfalls unbekannt ist: Jedes [Windrad](#) verbraucht pro Jahr in etwa 1.000 Liter Öl.

Ein weiterer Irrglaube ist nun, dass Öl und Gas einfach so aus dem Boden kommen. Als im ersten Golfkrieg in den 1980er-Jahren die iranische Ölstadt Abadan zerstört wurde, dauerte der Wiederaufbau Jahrzehnte.

Aus diesem Grund ist der begonnene Irankrieg in der Tat ein schwerer Fehler mit gravierenden Folgen für die Welt[wirtschaft](#) in den nächsten Jahren. Diesen Krieg so schnell wie möglich zu beenden, muss für alle Nationen der Welt oberste Priorität haben.

Die Reparatur der beschädigten Flüssiggasanlagen in Katar dürfte ersten Einschätzungen zufolge drei bis fünf Jahre dauern. Das zeigt: Dieser Krieg tötet nicht nur viel zu viele unschuldige Menschen. Er betrifft uns alle.

Ausgelöst durch die „dümmste Energiepolitik der Welt“ (Wall Street Journal) leidet Deutschland in besonders hohem Maße unter den Folgen des Iran-Krieges.

Hätte die Regierung von CDU-Kanzler Friedrich Merz die Gasspeicher rechtzeitig aufgefüllt, müsste die Bundesrepublik nun nicht das Gas zu Mondpreisen einkaufen.

Hätte die deutsche Regierung die über Jahrzehnte gut funktionierende Energiepartnerschaft mit Russland nicht aufgekündigt, könnten wir jetzt günstiges Gas aus Russland beziehen und wären nicht auf teure LNG-Lieferungen aus den USA und Katar angewiesen.

Hätten Politiker wie Markus Söder und Michael Kretschmer weder den Ausstieg aus der [Kernkraft](#) noch aus der heimischen Kohle beschlossen, hätte Deutschland zudem jetzt genug Alternativen zum Gas.

Nicht nur der Gaspreis hat sich seit Kriegsbeginn verdoppelt. Auch der sogenannte „[Strompreis](#) mit Lieferung in einem Jahr“ steht aktuell bei 100 Euro je Megawattstunde, während er vorher zwischen 30 und 50 Euro pendelte.

Bei einer derartigen Gasabhängigkeit hätte die deutsche Regierung wenigstens so klug wie Japan sein können. Japan hat mit Katar langfristige Verträge abgeschlossen, die günstige Konditionen auch in Krisenzeiten zusichern.

Die deutsche Regierung hat das hingegen versäumt, weil unsere Traumtänzer aus Berlin bekanntlich annehmen, dass bis 2045 die „Klimaneutralität“ erreicht ist und wir dann sowieso kein Gas mehr benötigen, weil es ja genug Wind und Sonne gibt.

Für diese Idiotie müssen unsere Bürger und Unternehmen aktuell jeden Tag einen sehr hohen Preis bezahlen und es ist zu befürchten, dass auch noch die letzten Industriebetriebe in unserem Land die Flucht ergreifen.

Die rechte Regierung in Italien von Giorgia Meloni hat in dieser Woche mit einem Dekret die Energiesteuern um 25 Cent je Liter Benzin und Diesel gesenkt. Österreich gewährt seinen Bürgern zumindest einen Nachlass von 5 Cent.

Im Gegensatz dazu kassiert die deutsche Regierung kräftig ab und profitiert über Steuern und Abgaben am meisten von den hohen Preisen.

Friedrich Merz und seine Regierung aus CDU und SPD sagen sich also: Solange die Bürger noch nicht scharenweise auf die Straße gehen, lassen wir sie zahlen!

Ich bitte Sie deshalb, diesen unverschämten Parteien unmissverständlich die Rote Karte zu zeigen! Und das nicht nur bei der Bundestagswahl – sondern auch bei jeder anstehenden Wahl in den Bundesländern!

Wir brauchen Politiker, die ohne Wenn und Aber deutsche Interessen vertreten. Politiker, die alles dafür unternehmen, um den Frieden und die Energiesicherheit wiederherzustellen, damit wirtschaftliche Prosperität und Wohlstand in Deutschland auch in Zukunft möglich sind.

*Bis nächsten Sonntag,
Ihr Jörg Urban*

<https://afd-fraktion-sachsen.de/uenstiges-gas-aus-russland-beschaffen/>

Die Sonntagskolumne im Audio-Format

Nur auf Telegram: <https://t.me/joergurbansachsen>

PRESSEMITTEILUNGEN vom 23.3.2026

Verbindlicher Mindestabstand zu jedem Haus: Wildwuchs von Windrädern beenden!

Am 25. März wird im Sächsischen Landtag ein Gesetzentwurf der AfD zur Änderung der Bauordnung abgestimmt ([Drs. 8/2828](#)).



Ziel ist die Einführung eines verbindlichen Mindestabstandes von 1.000 Metern für Windräder zu jedem Wohnhaus. Darüber hinaus geht es um einen insolvenz sicheren Rückbau von Windindustrieanlagen.

Dazu erklärt der regionalpolitische Sprecher der AfD-Fraktion, Thomas Thumm:

„Wenn ein fast 300 Meter hohes Windrad in unmittelbarer Nähe eines Wohnhauses gebaut wird, dann bringt das nicht nur eine gesundheitliche Beeinträchtigung mit sich. Der Wert der Immobilie sinkt rapide. Windräder in der Nähe von Wohnhäusern laufen somit auf eine Enteignung hinaus.

In Sachsen beträgt der Abstand zwischen Windrädern und Wohnhäusern teilweise nur 150 Meter (Drs. 7/9356). Der 2022 eingeführte Mindestabstand war eine Mogelpackung, die vielfach nicht eingehalten wird.

Das muss sich ändern. In Sachsen darf es keinen Windrad-Wildwuchs mehr geben! Die Häuser unserer Bürger müssen geschützt werden – auch in sogenannten Windvorranggebieten! Dort gilt die Abstandsregel von 1.000 Metern bisher nicht vollständig.

Die AfD gibt der CDU nun Gelegenheit, diesen Fehler zu korrigieren.“

<https://afd-fraktion-sachsen.de/verbindlicher-mindestabstand-zu-jedem-haus-wildwuchs-von-windraedern-beenden/>

PRESSEMITTEILUNGEN vom 24.3.2026

MP Kretschmer lässt sich von Kleinpartei SPD die Agenda vorschreiben: Für Sachsen bedeutet das Stillstand!

Im anstehenden Plenum will die Minderheitsregierung aus CDU und SPD einen Gesinnungs-TÜV für angehende Juristen durchsetzen. Darüber hinaus gibt es lediglich noch einen Gesetzentwurf zu einer höheren Unfallentschädigung für Beamte.

Dazu erklärt der sächsische AfD-Fraktionsvorsitzende Jörg Urban:

„CDU-Ministerpräsident Michael Kretschmer führt eine Koalition des Stillstands. Die Minderheitsregierung unternimmt nichts zur Stärkung der Wirtschaft und gegen die steigende Arbeitslosigkeit in Sachsen. Ebenso gibt es bisher keine einzige beschlossene Weichenstellung für einen umfangreichen Bürokratieabbau und Stellenkürzungen in der aufgeblähten Verwaltung.

Auch eine finanzielle Entlastung der Bürger bei den Elternbeiträgen für die Kindergärten, bei den hohen Energiepreisen oder bei der angehobenen Grunderwerbsteuer ist nicht in Sicht.

Die SPD ist derweil damit beschäftigt, ihre Posten zu sichern und ihr Vorfeld weiter mit Steuergeld zu versorgen. Dass sich CDU-Ministerpräsident Kretschmer das bieten lässt, zeigt seine komplette Handlungsunfähigkeit.

Herr Kretschmer lässt sich von der Kleinpartei SPD die Agenda vorschreiben, die auf Selbstversorgung und Nichtstun hinausläuft.“

<https://afd-fraktion-sachsen.de/mp-kretschmer-laesst-sich-von-kleinpartei-spd-die-agenda-vorschreiben-fuer-sachsen-bedeutet-das-stillstand/>



AfD-Anfrage zu Gewalt an Schulen: 63 Prozent ausländische Tatverdächtige!

Der AfD-Abgeordnete Hans-Jürgen Zickler hat sich bei der Regierung nach Straftaten an Dresdner Oberschulen erkundigt ([Drs. 8/5967](#)).

Im Zeitraum vom 1. April bis 31. Dezember 2025 gab es 40 schwerwiegende Vorkommnisse – hauptsächlich Gewalttaten. 21-mal handelte es sich um Wiederholungsfälle.

Ermittelt wird gegen 54 Personen. 34 Tatverdächtige sind Ausländer. Das entspricht 63 Prozent.



Dazu erklärt Hans-Jürgen Zickler:

„Wer wiederholt andere Schüler verprügelt oder sogar mit Waffen bedroht, muss von der Schule fliegen. Unsere Schulen dürfen keine Angsträume werden und der Schutz der Opfer vor Wiederholungstaten muss höchste Priorität haben.

Die Minderheitsregierung aus CDU und SPD hat bei dieser Aufgabe auf ganzer Linie versagt. Bezeichnend ist, dass Sachsen im Gegensatz zu anderen Bundesländern keine speziellen Einrichtungen für Intensivtäter unter 14 Jahren bereithält.

Das Problem der steigenden Jugendkriminalität – vor allem durch Personen aus islamischen Staaten – ist nicht auf Dresden beschränkt. In Leipzig terrorisierte eine Kinderbande die halbe Stadt und in Stollberg mussten vier städtische Mitarbeiter mit Taschenkontrollen für Sicherheit an einer Schule sorgen.

Die AfD fordert: Schützt unsere Kinder! Keine Toleranz für Gewalt an Schulen!“

<https://afd-fraktion-sachsen.de/afd-anfrage-zu-gewalt-an-schulen-63-prozent-auslaendische-tatverdaechtige/>

PRESSEMITTEILUNGEN vom 25.3.2026

Appell gegen Windkraft

Die Bundesländer Mecklenburg-Vorpommern und Brandenburg leisten im Bundesrat Widerstand gegen den beschleunigten Ausbau der Windkraft.

Was macht Sachsen? Die Minderheitsregierung Kretschmer hat es am 25. März 2026 abgelehnt, sich der guten Initiative der anderen Ost-Länder anzuschließen.

Das heißt: MP Kretschmer (CDU) forciert den Wildwuchs von Windrädern überall in Sachsen. Er ignoriert dabei auch den Widerstand der Kommunen. Mehrere Kreistage in Sachsen haben gesagt: Ausbaustopp statt Ausbaupflicht!

Mit unserem neuen „Appell gegen Windkraft“ können Sie sich dieser Meinung anschließen!

Denn: Nur wenn wir ALLE „Nein“ zur Verschandelung unserer Heimat sagen, kann sich der Wind der politischen Debatte drehen.

Unterschreiben Sie deshalb unseren „Appell gegen Windkraft“:
<https://afd-fraktion-sachsen.de/appellgegenwindkraft/>

Bürgermeister, Gemeinderäte, Kreisräte, Stadträte, Bürgerinitiativen und Vereine müssen über Parteigrenzen hinweg ein deutliches Signal senden.



PS: Bitte geben Sie bei „Kommentar“ ihre politische Funktion an. Die Daten werden streng vertraulich behandelt.

<https://afd-fraktion-sachsen.de/appell-gegen-windkraft/>

CDU weder zur Abschaffung des SPD-Integrationsgesetzes noch zur Abschaffung des Integrationsbeauftragten bereit!

Die sächsische AfD-Fraktion hat im Landtag eine Abschaffung des 2024 von SPD-Sozialministerin Petra [Köpping](#) durchgesetzten Integrationsgesetzes zur Abstimmung gestellt ([Drs. 8/4030](#)).



Die CDU hat für eine Beibehaltung des Gesetzes gestimmt. Damit bleibt auch der Posten für den Integrationsbeauftragten erhalten. Allein die Geschäftsstelle des Integrationsbeauftragten verschlingt pro Jahr eine halbe Million Euro. Das Amt hat inzwischen die CDU übernommen.

Dazu erklärt der migrationspolitische Sprecher der AfD-Fraktion, Jonas Dünzel:

„Unser Hauptkritikpunkt am Integrationsgesetz ist die versteckte Migrantenquote für die Verwaltung. Nicht der Migrationshintergrund, sondern ausschließlich die Leistung muss ausschlaggebend bei einer Bewerbung sein. So steht es im Grundgesetz.“

Die CDU in Berlin hat dieses Thema pünktlich zum Wahlkampf für sich entdeckt und ein verfassungsrechtliches Gutachten dazu in Auftrag gegeben. Die sächsischen CDU-Abgeordneten zeigen nun allerdings, dass dies nichts weiter als ungläubiges Wahlkampfgetöse ist.

Die CDU macht weiter zu 100 Prozent bei der gescheiterten Multikulti-Politik mit. Und noch schlimmer: Sie profitiert davon, indem sie völlig überflüssige Beauftragtenposten bekleidet.

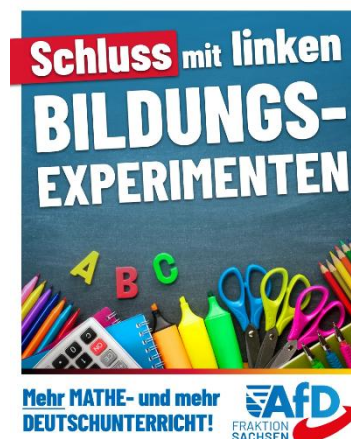
Die AfD sagt: Integration ist Aufgabe des jeweiligen Migranten und nicht des Staates.“

<https://afd-fraktion-sachsen.de/cdu-weder-zur-abschaffung-des-spd-integrationsgesetzes-noch-zur-abschaffung-des-integrationsbeauftragten-bereit/>

Fachregierungserklärung: Schluss mit der Absenkung des Bildungsniveaus!

Auf die Fachregierungserklärung mit dem Titel „Sachsens Schulen zukunftssicher machen“ erwiderte der AfD-Fraktionsvorsitzende Jörg Urban:

„Linke Bildungspolitik, wie sie die CDU inzwischen vertritt, senkt das Bildungsniveau ab, um Gleichheit zu schaffen. Anschließend wundert man sich darüber, dass – trotz Rekordwerten bei den 1,0-Abiturabschlüssen – die [Wirtschaft](#) ihre internationale Wettbewerbsfähigkeit verliert.“



Das eine hängt mit dem anderen zusammen: Wenn wir wollen, dass unsere Wirtschaft wächst, dann muss unser Mathe-Unterricht genauso gut sein wie in Ostasien!

In Taiwan zählen 35,3 Prozent eines Jahrgangs zu den Mathe-Könnern! In Ungarn sind es immerhin noch 12,6 Prozent, obwohl die Bildungsausgaben in Ungarn nur halb so hoch liegen wie in Deutschland.

Deutschland selbst bringt nur noch 5,3 Prozent Matheköner pro Jahrgang hervor. Das ist für ein Land, das vor 100 Jahren noch die meisten Patente weltweit anmelden konnte, eine einzige Katastrophe! Diese Katastrophe ist das Ergebnis der Übernahme linker Bildungspolitik durch die CDU!

Unsere Schulen müssen das Rad nicht neu erfinden. Deshalb warnen wir vor immer neuen Bildungsexperimenten! Unsere Schulen müssen unseren Kindern Lesen, Schreiben und Rechnen beibringen! Es wäre schon sehr viel gewonnen, wenn das wieder gut klappt. Deutsch und Mathematik haben deshalb den höchsten Stellenwert verdient!“

<https://afd-fraktion-sachsen.de/fachregierungserklaerung-schluss-mit-der-absenkung-des-bildungsniveaus/>

PRESSEMITTEILUNGEN vom 26.3.2026

Ideologie aus dem Lehrplan streichen: Pflichtfach Wirtschaft einführen!

Zum AfD-Antrag ([8/6361](#)) zur Einführung eines eigenen Pflichtfachs Wirtschaft an allen sächsischen Schulen erklärt der Abgeordnete Frank Peschel:



„Ein eigenständiges Fach Wirtschaft vermittelt, was Schule heute oft nur am Rand und unzureichend leistet: Wie entstehen Preise und Löhne? Was sind Angebot und Nachfrage? Was bedeutet Produktivität? Welche Rolle spielen Steuern, Abgaben und Sozialversicherungen? Wie baut man ein Unternehmen auf?

Unsere sächsischen Ausbildungsbetriebe wünschen sich, dass dieses Grundwissen bereits in der Schule behandelt wird. Denn dann fällt der Einstieg ins Berufsleben leichter und bei einer praxisnahen Vermittlung der Wirtschaft werden viele Schüler bereits frühzeitig Ideen entwickeln, was sie später einmal machen wollen.

Wir rufen deshalb die Regierung dazu auf, den ideologischen Ballast aus dem Lehrplan zu streichen und dafür Wirtschaftsthemen zu

stärken! Idealerweise geschieht das auf einem Lehrplangipfel gemeinsam mit Vertretern der Wirtschaft.“

<https://afd-fraktion-sachsen.de/ideologie-aus-dem-lehrplan-streichen-pflichtfach-wirtschaft-einfuehren/>

PRESSEMITTEILUNGEN vom 27.3.2026

Nächster Erfolg im Kampf gegen Windkraft. Jöhstadt sagt NEIN!

Prima! 77 Prozent der Bürger in Jöhstadt haben bei einer Befragung NEIN zu neuen [Windrädern](#) gesagt.

Die Regierung will unser schönes Erzgebirge in der Gegend um Jöhstadt mit fünf Windmonstern mit einer Höhe von 263 Metern verschandeln. Der 1.000-Meter-Mindestabstand soll dabei sogar noch unterschritten werden.

Die AfD-Fraktion unterstützt den Widerstand gegen die [Windkraft](#) in ganz Sachsen. Unterzeichnen Sie dazu gern unseren „Appell gegen [Windkraft](#)“: <https://afd-fraktion-sachsen.de/appellgegenwindkraft/>



<https://afd-fraktion-sachsen.de/naechster-erfolg-im-kampf-gegen-windkraft-joehstadt-sagt-nein/>

Wutbrief des Handels: Keine Steuer-Erhöhungen!

Mit einem Brief an CDU-Kanzler Friedrich Merz warnt der Handelsverband Deutschland (HDE) eindringlich vor einer Erhöhung der „Mehrwertsteuer“. Das sei „[wirtschaft](#)spolitischer Irrsinn“.



Dazu erklärt der sächsische AfD-Fraktionsvorsitzende Jörg Urban:

„Schon heute kämpfen viele Geschäfte in unseren Innenstädten ums Überleben. Wenn die Regierung tote Innenstädte will, dann muss sie nur so weitermachen wie bisher.“

Die AfD sagt hingegen: Um die [Wirtschaft](#) und auch den Handel zu beleben, brauchen wir Steuersenkungen statt eine Anhebung der Mehrwertsteuer von 19 auf 21 Prozent.

Es ist offensichtlich, dass die Regierung mit ihrem Latein am Ende ist. Sie greift aktuell zum letzten Strohalm, um die riesigen Haushaltslöcher irgendwie zu stopfen. Dieses Vorhaben wird scheitern, weil die Steuerlast bereits jetzt an der Schmerzgrenze ist.

Statt zu versuchen, Bürger und Unternehmen noch mehr auszupressen, muss die Regierung an die Ausgaben ran. Das heißt: Kein Geld mehr für die Ukraine! Kein Geld mehr für ideologische [Klima](#)- und Asylprojekte!“

<https://afd-fraktion-sachsen.de/wutbrief-des-handels-keine-steuer-erhoehungen/>



Neues von der Alternative für Deutschland und der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag

PRESSEMITTEILUNGEN des Bundesvorstandes der Alternative für Deutschland

Alle Pressemitteilungen finden Sie hier:

<https://www.afd.de/presse/>

PRESSEMITTEILUNGEN der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag

Alle Pressemitteilungen finden Sie hier:

<https://afdbundestag.de/presse/>

Weitere Veröffentlichungen der AfD in den sozialen Netzwerken

DAX-Konzerne im freien Fall: Den Abstieg stoppen, Arbeitsplätze sichern!

Deutschlands industrielle Substanz schwindet in einem beängstigenden Tempo, da die 40 DAX-Konzerne laut EY-Analyse im vergangenen Jahr weltweit rund 32.000 Stellen streichen mussten. Besonders dramatisch trifft es das Herzstück unserer Wirtschaft. Die Gewinne der Automobilriesen BMW, Mercedes und VW sind im Vergleich zum Vorjahr um massive 31 Prozent eingebrochen. Das vierte Quartal 2025 offenbarte mit einem Gewinnrückgang von 14 Prozent schließlich die ganze Härte dieser Krise.



Diese Zahlen sind das bittere Ergebnis einer Politik unter Merz (CDU) und Klingbeil (SPD), welche die Rahmenbedingungen für unsere Industrie durch hohe Energiepreise und Handelskonflikte konsequent verschlechtert hat. Es ist paradox, dass Banken Rekordgewinne einfahren, während die wertschöpfende Industrie unter der Last von Bürokratie und dem Wegbrechen des China-Marktes förmlich zerbricht. Man schaut tatenlos zu, wie der frühere Wachstumsmotor in Asien stottert und deutsche Produkte international an Boden verlieren.

Wir fordern eine radikale Kehrtwende durch die Abschaffung der CO₂-Abgabe sowie eine drastische Senkung der Unternehmenssteuern auf ein international konkurrenzfähiges Niveau, damit Investitionen im Inland wieder attraktiv werden und der Stellenabbau endlich endet. Nur durch die Rückkehr zu bezahlbarer Energie und den Abbau strangulierender Vorschriften lässt sich der industrielle Abstieg wirksam verhindern. Unser hart erarbeiteter Wohlstand darf nicht weiter leichtfertig verspielt werden.

<https://www.facebook.com/photo/?fbid=1461318155363828&set=a.797289411766709>



Gewalt an Schulen explodiert: So lässt die SPD unsere Kinder im Stich!

Saskia Esken (SPD), Vorsitzende des Bildungs- und Familienausschusses im Bundestag, hat steigende Gewalt und Mobbing an deutschen Schulen eingeräumt — die Zahl polizeilich erfasster Gewalttaten sei „in allen Bundesländern deutlich gestiegen“, fast jeder fünfte Schüler von Cybermobbing betroffen. Einen Zusammenhang mit Migration wies sie dennoch kategorisch zurück. Die stellvertretende AfD-Fraktionsvorsitzende Beatrix von Storch widersprach deutlich und nannte den Zusammenhang zwischen Zuwanderung und zunehmender Schulgewalt „offenkundig“ — eine Einschätzung, die selbst Kanzler Merz (CDU) zuvor angedeutet hatte.

Eltern erleben täglich, was Esken nicht wahrhaben will: Messerangriffe, religiöses Mobbing und Einschüchterung gehören an vielen Schulen längst zum Alltag, wie AfD-Abgeordnete anhand konkreter Fälle im Bundestag schilderten. Wer wie Esken behauptet, Migration habe damit nichts zu tun, der verweigert sich nicht nur der Realität, sondern lässt Kinder und Lehrkräfte bewusst im Stich. Dass auch Vertreter von Union, Grünen und Linken die AfD-Anträge zur systematischen Erfassung von Schulgewalt zunächst nur in Ausschüsse überwiesen, statt sofort zu handeln, zeigt das ganze Ausmaß der politischen Verdrängung.

Die AfD hat als einzige Fraktion konkrete Anträge eingebracht, die eine ehrliche Erfassung von Gewalt und Maßnahmen gegen religiös motiviertes Mobbing fordern, weil nur auf Basis ungeschönter Daten wirksamer Schutz für Schüler entstehen kann. Der Einfluss des politischen Islam an Schulen muss konsequent unterbunden werden, und wer ausreisepflichtig ist und Kinder bedroht, muss unser Land verlassen — ohne Wenn und Aber.

<https://www.facebook.com/photo?fbid=1461230115372632&set=a.797289411766709>

Rechte Mehrheit im Europäischen Parlament: Wir verteidigen die europäische Migrationswende!

Der heutige Versuch von S&D, Grünen und Linken, den migrationspolitischen Kurswechsel in Europa zu stoppen, ist gescheitert. Gemeinsam mit der EVP, der auch die CDU angehört, der EKR und den Patrioten wurde unser im Innenausschuss erzielter Kompromiss heute im Plenum verteidigt.

Das zeigt deutlich: Es gibt stabile Mehrheiten für eine echte Migrationswende in Europa, und sie halten dem medialen Druck stand. Wir von der AfD halten uns an das, was wir seit 2015 fordern! Der heutige Tag zeigt, was wir für unseren Kontinent bewirken können, wenn die Brandmauer keine Rolle mehr spielt.



Jetzt geht es darum, Rückführungszentren, lebenslange Einreiseverbote und medizinische Altersfeststellungen in Europa politisch durchzusetzen.

<https://www.facebook.com/photo?fbid=1460428892119421&set=a.797289411766709>



Spritpreis-Täuschung der CDU: Mit dieser Maßnahme sparst Du keinen Cent!

Während beispielsweise Italien und Österreich in der aktuellen Krise längst Steuern auf Kraftstoff gesenkt haben, um ihre Bürger real zu entlasten, beschränkt sich die schwarz-rote Koalition unter Merz (CDU) auf kosmetische Regulierung, die den Preisanstieg bestenfalls optisch glättet. Eine kontrollierte Preiserhöhung pro Tag ist immer noch das: Eine Erhöhung.

Der Staat verdient über CO₂-Abgabe, Energiesteuer und Mehrwertsteuer kräftig mit an jedem Liter Benzin und Diesel — und genau an diesen Stellschrauben will die Bundesregierung offenbar nicht drehen. Für Pendler, Handwerker und alle, die auf das Auto angewiesen sind, bleibt die Belastung damit auf Rekordniveau.

Wer die Bürger wirklich entlasten will, muss die CO₂-Abgaben ersatzlos streichen, die Energiesteuer auf Kraftstoff spürbar senken und die Mehrwertsteuer auf Sprit reduzieren, statt mit einer Einmal-am-Tag-Regel Handlungsfähigkeit vorzutäuschen, die am Ende keinen einzigen Cent an der Zapfsäule spart. Echte Entlastung geht nur über weniger Steuern — alles andere ist Scheinpolitik auf Kosten der Autofahrer.

<https://www.facebook.com/photo?fbid=1460392422123068&set=a.797289411766709>

Mahmouds Lächeln lassen wir uns einiges kosten

Mutti soll bald nicht mehr beitragsfrei gesetzlich krankenversichert sein können. Mindestens 225 Euro fallen dann im Monat an.

(<https://www.welt.de/.../krankenkassen-und-verbaende...>) Dafür dürfen wir inzwischen deutlich länger auf unseren Arzttermin warten.

»Sparmaßnahmen« nennt das die Regierung. Nicht gespart wird bei der medizinischen Komplettversorgung für unsere Gäste auf dem Asyl-Ticket: Für sie übernehmen wir ja auch die Zahnzusatzkosten, (<https://afd-bjoern-hoecke.de/.../kosten-fuer.../>) die für den einfachen Kassenpatienten anfallen. Eine besondere Einladung (<https://afd-bjoern-hoecke.de/.../krankenversicherung.../>) für jene, die von weit her kommen und nicht vorhaben, jemals Steuern zu zahlen.



Übrigens: Während es bei uns abgeschafft werden soll, garantiert das deutsch-türkische Sozialversicherungsabkommen auch weiterhin die Mitversicherung von Familienangehörigen — sogar im Ausland. Unser Sozial- und Gesundheitssystem ist für eine Politik der offenen Grenzen nicht geschaffen. Die Krankenkassen hätten kein Einnahmenproblem, wenn sie sich nur um Beitragszahler und deren Angehörige kümmern müßten.

<https://www.facebook.com/photo/?fbid=1754761805947461&set=a.599798814777105>



Merz und Klingbeil: Weitere Milliarden fürs Klima, die Rechnung bezahlst Du!

Die Bundesregierung unter Merz (CDU) und Klingbeil (SPD) will weitere 8 Milliarden Euro in ein sogenanntes Klimaschutzprogramm pumpen, während gleichzeitig über eine Erhöhung der Mehrwertsteuer diskutiert wird, um die klaffenden Haushaltslöcher zu stopfen. Dieselbe Koalition, die den Bürgern neue Belastungen aufbürden will, findet offenbar problemlos Milliarden für ideologische Großprojekte, deren Nutzen für das Klima bestenfalls symbolisch bleibt.

Was das für die Menschen in diesem Land bedeutet, liegt auf der Hand: Während Familien an der Supermarktkasse jeden Cent umdrehen müssen und Rentner kaum noch ihre Heizkosten stemmen können, fließen Steuergelder in Milliardenhöhe in einen Klimawahn, der Deutschland im internationalen Vergleich wirtschaftlich immer weiter zurückwirft. Eine höhere Mehrwertsteuer würde vor allem die Geringverdiener treffen, also genau jene Bürger, die von der angeblich sozialen Politik von CDU und SPD am wenigsten profitieren. Der Anstand gegenüber dem eigenen Volk ist dieser Regierung offenkundig vollständig abhandengekommen.

Die AfD fordert deshalb, sämtliche ideologiegetriebenen Klimaprogramme sofort zu beenden und

die freiwerdenden Milliarden für eine spürbare Entlastung der Bürger einzusetzen, etwa durch eine Senkung der Mehrwertsteuer auf Grundnahrungsmittel und Energie. Statt das hart erarbeitete Geld der Steuerzahler in wirkungslose Symbolpolitik zu versenken, braucht dieses Land eine Regierung, die den Wohlstand der eigenen Bevölkerung an erste Stelle setzt, und genau das kann nur die AfD als einzige echte Oppositionskraft im Bundestag leisten.

<https://www.facebook.com/photo/?fbid=1459758342186476&set=a.797289411766709>

Dobrindts Abschiebe-Show: Ein Tropfen auf den heißen Stein!

Innenminister Dobrindt (CSU) feiert sich für die Abschiebung von vier afghanischen Straftätern nach Kabul, verteilt auf mehrere Flüge in dieser Woche. Seit August 2024 wurden insgesamt rund 131 kriminelle Afghanen zurückgeführt, darunter Täter aus den Bereichen Gewalt-, Drogen- und Sexualdelikte. Dobrindt spricht von „regelmäßigen und regulären“ Abschiebungen und verhandelt seit Oktober 2025 über seine Beamten direkt mit den Taliban, um die logistische Abwicklung ohne Drittländer zu ermöglichen.



Vier Abschiebungen klingen nach Entschlossenheit, doch die Zahlen erzählen eine andere Geschichte. Rund 230.000 Ausreisepflichtige leben weiterhin in Deutschland, alimentiert vom Steuerzahler, während gleichzeitig Monat für Monat afghanische Staatsangehörige über sogenannte Ortskräfteprogramme eingeflogen werden. Was Dobrindt als Durchbruch verkauft, ist in Wahrheit ein Tropfen auf den heißen Stein, der das strukturelle Vollzugsdefizit nicht einmal ansatzweise behebt. Die Regierung Merz (CDU) inszeniert Symbolpolitik, wo es eine echte Rückführungsoffensive bräuchte, und hofft offenbar, dass die Bürger nicht genau hinschauen.

Die AfD fordert seit Jahren genau das, was diese Regierung bestenfalls in homöopathischen Dosen umsetzt: konsequente Abschiebung aller Ausreisepflichtigen, Abschaffung der Kettenduldung und sämtlicher Bleiberechtsregelungen, die den illegalen Aufenthalt verstetigen, sowie massiven Druck auf nicht rücknahmebereite Herkunftsländer durch Wirtschaftssanktionen und den Entzug von Entwicklungshilfe. Wer eine echte Migrationswende will statt Schaufensterpolitik mit Einzelflügen, kommt an der AfD nicht vorbei.

<https://www.facebook.com/photo?fbid=1459669605528683&set=a.797289411766709>



Partei der Leistungsträger: Gewerkschafter setzen auf Blau statt Rot!

Laut einer Auswertung der Forschungsgruppe Wahlen, zusammengefasst vom langjährigen DGB-Tarifexperten Reinhard Bispinck, wählen Gewerkschaftsmitglieder die AfD deutlich häufiger als der Bevölkerungsdurchschnitt. In Baden-Württemberg stimmten 24 Prozent der DGB-Mitglieder für die Blauen — bei einem Landesergebnis von nur 18,8 Prozent. Die SPD kam bei den eigenen Gewerkschaftern auf klägliche acht Prozent, also gerade mal ein Drittel des AfD-Wertes. In Rheinland-Pfalz zeigt sich ein ähnliches Bild: 23 Prozent der Gewerkschaftsmitglieder wählten AfD, während

berufstätige Nichtmitglieder nur zu 19 Prozent ihr Kreuz dort machten.

Diese Zahlen sind ein Offenbarungseid für die Gewerkschaftsführung um DGB-Chefin Yasmin Fahimi (SPD), die seit Jahren gemeinsam mit linksradikalen Gruppen und den Kirchen gegen die AfD mobilisiert. Offenbar erreicht diese Kampagne die eigene Basis nicht nur nicht — sie scheint sie geradezu abzustoßen. In beiden Bundesländern ist die AfD bei Gewerkschaftern jeweils zweitstärkste Kraft geworden, während die traditionelle Bindung an die SPD sichtbar zerfällt. Wer seine Mitglieder bevormundet, statt ihre Sorgen um Löhne, Renten und Arbeitsplatzsicherheit ernst zu nehmen, verliert sie an diejenigen, die genau das tun.

Die AfD erweist sich damit als das, was die SPD einmal sein wollte: echte Vertretung der arbeitenden Bevölkerung. Während Fahimi und ihre Funktionärsriege lieber auf Demos gegen Rechts posieren, kämpft die AfD für sichere Arbeitsplätze, bezahlbare Energie und eine Wirtschaftspolitik, die den Facharbeiter nicht zum Verlierer der Globalisierung macht. Die Gewerkschaftsbasis hat verstanden, dass weder moralische Belehrungen noch ideologische Bündnisse ihre Probleme lösen — und stimmt entsprechend ab.

<https://www.facebook.com/photo?fbid=1459472632215047&set=a.797289411766709>

Gesundheitssystem kollabiert wegen Migration: Merz wirft Deinen Partner aus der Familienversicherung!

Die Bundesregierung unter Kanzler Merz plant offenbar, die beitragsfreie Mitversicherung von Ehepartnern in der gesetzlichen Krankenversicherung abzuschaffen. Laut Handelsblatt sollen künftig auch Personen mit geringen Einkommen von 500 bis 600 Euro monatlich eigene Beiträge von rund 200 Euro für die Kranken- und 25 Euro für die Pflegeversicherung zahlen müssen. Hintergrund ist ein drohendes GKV-Defizit von knapp zwölf Milliarden Euro für 2027, das die schwarz-rote Koalition nicht über Beitragserhöhungen ausgleichen will — und stattdessen bei den Familien kürzt.



Was hier geschieht, ist ein Angriff auf das Fundament der Familienversicherung, der vor allem Teilzeitkräfte und pflegende Angehörige trifft, die bisher über den arbeitenden Ehepartner mitversichert waren. Gleichzeitig streiken Apotheken, weil Gesundheitsministerin Nina Warken (CDU) auch dort den Rotstift ansetzt, während die eigentlichen Kostentreiber im System unangetastet bleiben. Dass die beitragsfreie Mitversicherung von Bürgergeldempfängern weiterhin zu zwei Dritteln von den Beitragszahlern getragen wird, statt vollständig aus dem Bundeshaushalt finanziert zu werden, zeigt die völlig falschen Prioritäten dieser Regierung.

Die AfD fordert seit langem, versicherungsfremde Leistungen konsequent aus dem Bundeshaushalt zu finanzieren und die Verwaltungskosten durch eine Zusammenführung von Kranken- und Pflegeversicherung drastisch zu senken, anstatt hart arbeitende Familien zur Kasse zu bitten. Wer die unkontrollierte Zuwanderung ins Sozialsystem nicht stoppt, darf sich über Milliardenlöcher in den Kassen nicht wundern — und schon gar nicht die deutschen Familien dafür bestrafen.

<https://www.facebook.com/photo?fbid=1458916432270667&set=a.797289411766709>



11 Mio. Barrel fehlen täglich: Kernkraft-Ausstieg treibt Deutschland in den Ruin!

IEA-Chef Fatih Birol warnt vor der „größten Bedrohung der Energiesicherheit in der Geschichte der Menschheit“ und macht dabei eine Rechnung auf, die es in sich hat: Elf Millionen Barrel Öl fehlen täglich auf dem Weltmarkt — mehr als bei den Ölkrisen von 1973 und 1979 zusammen. Im Gassektor belaufen sich die Verluste im Mittleren Osten auf 140 Milliarden Kubikmeter, fast das Doppelte der Einbrüche nach Beginn des Ukraine-Krieges. Bereits 400 Millionen Barrel aus strategischen Reserven musste die IEA freigeben, was 20 Prozent der Bestände entspricht. Und dann sagt Birol einen Satz, den sich alle etablierten Parteien in Deutschland einrahmen sollten: „Die Situation wäre heute nicht so schlimm, wenn Deutschland die Kraftwerke noch hätte.“

Seit fast 20 Jahren weist er darauf hin, „wie eine kaputte Schallplatte“, so Birol über den deutschen Atomausstieg. Die Straße von Hormus ist nahezu lahmgelegt, stillgelegte Förderfelder brauchen Monate zur Wiederinbetriebnahme, neue Förderprojekte in Europa würden ein Jahrzehnt dauern — und Deutschland hat sich sehenden Auges seiner verlässlichsten Grundlastquelle beraubt. Was von CDU, SPD und Grünen gemeinsam als „Fortschritt“ verkauft wurde, erweist sich als strategische Selbstverstümmelung, deren Preis jetzt Bürger und Wirtschaft zahlen.

Die AfD hat als einzige Partei im Bundestag konsequent den Wiedereinstieg in die Kernenergie gefordert, weil Versorgungssicherheit, bezahlbare Preise und industrielle Wettbewerbsfähigkeit ohne grundlastfähige Kraftwerke schlicht nicht zu haben sind. Der Ausstieg aus Kern- und Kohleenergie muss rückgängig gemacht werden, bestehende Kraftwerke müssen so schnell wie möglich wieder ans Netz gehen, und neue Technologien wie die Dual-Fluid-Reaktortechnik verdienen massive Förderung statt ideologischer Blockade.

<https://www.facebook.com/photo?fbid=1458717315623912&set=a.797289411766709>

Erneuter Brandanschlag von Linksextremisten: Extremistische Gewalt konsequent bekämpfen!

Wieder ein mutmaßlich linksextremer Brandanschlag – diesmal in Brandenburg. Während Infrastruktur brennt und Existenzen bedroht sind, wird linke Gewalt viel zu oft relativiert oder politisch kleingeredet. Besonders brisant: Die CDU gibt sich öffentlich hart, versagt aber dort, wo sie Verantwortung trägt, und duldet ein Klima, in dem Extremismus gedeihen kann.

Brandanschläge sind keine Bagatellen, sondern schwere Straftaten mit enormem wirtschaftlichem Schaden. Sie gefährden Arbeitsplätze, Versorgung und Sicherheit. Gleichzeitig zeigt sich, dass politisch motivierte Gewalt längst ein ernstzunehmendes Problem ist, das nicht konsequent genug verfolgt wird.



Eine AfD-geführte Regierung würde klar handeln: Null Toleranz gegenüber Linksextremismus,

konsequente Strafverfolgung und echte Stärkung von Polizei und Justiz. Deutschland braucht endlich wieder Sicherheit und Verlässlichkeit.

<https://www.facebook.com/photo?fbid=1458615262300784&set=a.797289411766709>



Stephan Brandner: Echter Schutz von Frauen statt digitale Symbolpolitik!

Aufgrund der aktuellen Debatte und der Vorwürfe der Schauspielerin Fernandes gegen ihren Ex-Ehemann meldete sich Bundesjustizministerin Hubig zu Wort und kündigte ein digitales Gewaltschutzgesetz an, das ihren Angaben zufolge bereits fast fertig in der Schublade liege.

Stephan Brandner, stellvertretender Bundessprecher der Alternative für Deutschland, erklärt, dass Hubig besser die realen Gefahren und die Ursachen sexueller Gewalt gegen Frauen in den Blick nehmen sollte:

„Statistisch betrachtet kommt es jeden Tag in Deutschland zu zwei Gruppenvergewaltigungen. Die Hälfte der Täter verfügt dabei nicht über die deutsche Staatsangehörigkeit und stammt aus Syrien, Afghanistan, dem Irak und der Türkei. Während nun über eine Klarnamenpflicht im Internet diskutiert und der Fall Ulmen/Fernandes für geplante Verschärfungen in der digitalen Welt herangezogen wird, plädieren wir für eine Klarnamenpflicht bei der Einreise nach Deutschland. Sollten Strafbarkeitslücken im digitalen Leben aufgrund neuer Technologien bestehen, so müssen diese natürlich analysiert und gegebenenfalls geschlossen werden. Schnellschüsse und orchestrierte Kampagnen sind dabei aber nicht hilfreich.“

<https://www.facebook.com/photo?fbid=1458084162353894&set=a.797289411766709>

Statt Dauerüberwachung einer Islamistin (14): Samt Familie sofort abschieben!

Eine 14-jährige Islamistin steht in Deutschland unter Dauerbewachung, weil sie als so gefährlich gilt, dass selbst psychiatrische Einrichtungen ihre Aufnahme verweigern. Keine Klinik will die Verantwortung für das radikalisierte Mädchen übernehmen, während der Staat rund um die Uhr Personal abstellen muss, um die Öffentlichkeit vor einer Minderjährigen zu schützen. Die Kosten für diese absurde Dauerüberwachung trägt selbstverständlich der Steuerzahler.

Wenn ein 14-jähriges Mädchen derart islamistisch radikalisiert ist, dass Psychiatrien sie ablehnen und Sicherheitsbehörden sie permanent bewachen müssen, dann ist in diesem Land und in diesem Umfeld offenkundig alles schiefgelaufen, was schiefgehen konnte. Hier zeigt sich das ganze Versagen einer Integrationspolitik, die seit Jahren den politischen Islam verharmlost und Parallelgesellschaften gewähren lässt — mit genau solchen Ergebnissen. Statt die Ursachen zu bekämpfen, wird der Bevölkerung zugemutet, islamistische Gefährder zu alimentieren und gleichzeitig vor ihnen





geschützt werden zu müssen.

Die AfD fordert seit Jahren eine konsequente Linie gegen den politischen Islam, der die größte Gefahr für unsere freiheitliche Gesellschaft darstellt. Wer als ausländischer Staatsangehöriger den Rechtsstaat ablehnt und zur Bedrohung wird, muss mitsamt seiner Familie abgeschoben werden, anstatt dem Steuerzahler auch noch die Kosten einer Dauerüberwachung aufzubürden. Solange die Regierung Merz weiter auf Einzelfallprüfungen und Ausnahmeregelungen setzt, statt eine echte Rückführungsoffensive einzuleiten, wird sich an solchen Zuständen nichts ändern.

<https://www.facebook.com/photo?fbid=1457963512365959&set=a.797289411766709>

Meldungen aus Sachsen, Deutschland und der Welt

KZ-Tor vor Finanzamt aufgebaut: Kripo ermittelt wegen Nazi-Parole

<https://www.tag24.de/justiz/polizei/kz-tor-vor-finanzamt-aufgebaut-kripo-ermittel-wegen-nazi-parole-3483613>

Vater von ermordeter Ann-Marie äußert sich zum Fall Fernandes: „Für unsere Kinder gab es keine Demo ...“

<https://nius.de/gesellschaft/vater-von-ermordeter-ann-marie-aeussert-sich-zum-fall-fernandes>

Pistorius lässt sich mit Gattin von der Luftwaffe in den Australien-Urlaub fliegen!

<https://nius.de/politik/pistorius-laesst-sich-mit-gattin-von-der-luftwaffe-in-den-australien-urlaub-fliegen>

Für Noelia gab es keine Demonstration und keine Medienkampagne

<https://jungfreiheit.de/debatte/kommentar/2026/fuer-noelia-gab-es-keine-demonstration-und-keine-medienkampagne/>

Video-Empfehlungen

Informationskanäle der AfD

Kanal der AfD-Fraktion im Sächsischen Landtag

<https://www.youtube.com/channel/UCVXqMg5NOK5z8dwtzqRcMNq/videos>

Kanal der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag

https://www.youtube.com/channel/UC_dZp8bZipnjntBGLVHm6rw/videos

Kanal von AfD Kompakt TV

<https://www.youtube.com/c/AfDKanal/videos>



Wochenendpodcast der AfD
<https://afdkompakt.de/podcast/>

AfD im EU-Parlament
<https://www.youtube.com/c/AfDimEUParlament/videos>

Auf1 - Alternatives, unabhängiges Fernsehen

<https://auf1.tv/>

Radio Klartext

<https://www.youtube.com/@radioklartext>

NIUS – Die Stimme der Mehrheit

<https://nius.de/>

Ostdeutsche Allgemeine Zeitung

<https://ostdeutscheallgemeine.com/>

Internetseiten und Videokanäle im AfD-Kreisverband Bautzen

Kreisverband Bautzen

www.afdbautzen.de/
www.afdsachsen.de/verbaende/afd-kreisverband-bautzen/
www.facebook.com/AfD-Kreisverband-Bautzen-110578221607093
t.me/afdkreisverbandbautzen
www.afd-kreistagsfraktion-bautzen.de/

Karsten Hilse, MdB

www.karstenhilse.de
t.me/karstenhilsepolitiker
www.facebook.com/Karsten.Hilse.Politiker/
www.facebook.com/AfD.WKB.Bautzen
www.facebook.com/Wahlkreisb%C3%BCro-BautzenHoyerswerda-910992965679861
www.youtube.com/@karstenhilse9212/videos

Frank Peschel, MdL

www.frankpeschel.de
t.me/frankpeschel
www.facebook.com/frankpeschel.de

Timo Schreyer, MdL

www.facebook.com/Timo.Schreyer.AfD



Doreen Schwietzer, MdL

www.facebook.com/SchwietzerMdL
[instagram.com/doreenschwietzer_afd](https://www.instagram.com/doreenschwietzer_afd)
www.doreen-schwietzer.de
t.me/schwietzer
twitter.com/SchwietzerMdL

Ralf-Peter Hechtberger, Landtagsdirektkandidat WK 53

www.facebook.com/profile.php?id=61554027185527

Junge Alternative Oberlausitz

[instagram.com/ja_oberlausitz](https://www.instagram.com/ja_oberlausitz)
www.facebook.com/JungeAlternativeOberlausitz
t.me/+F49gQriXPCo5OGUy

Regionalgruppe Bautzen

www.facebook.com/AfDstadt Bautzen/
www.facebook.com/AfD-Malschwitz-1795225520507800/

Regionalgruppe Hoyerswerda

www.afd-hoyerswerda.de/
www.afd-stadtrat-hoyerswerda.de/
www.youtube.com/@AfDFraktionHoyerswerda
www.facebook.com/profile.php?id=100089078246219

AfD Oberlausitz

www.facebook.com/AfDOberlausitz
www.youtube.com/channel/UCX2jm-d4CT_YNkyAT6vsfFw
t.me/oliverhelbing
www.tiktok.com/@afdoberlausitz

Ortsgruppe Cunewalde

www.afd-cunewalde.de/

Regionalgruppe Bischofswerda

www.facebook.com/afd.bischofswerda

Regionalgruppe Kamenz

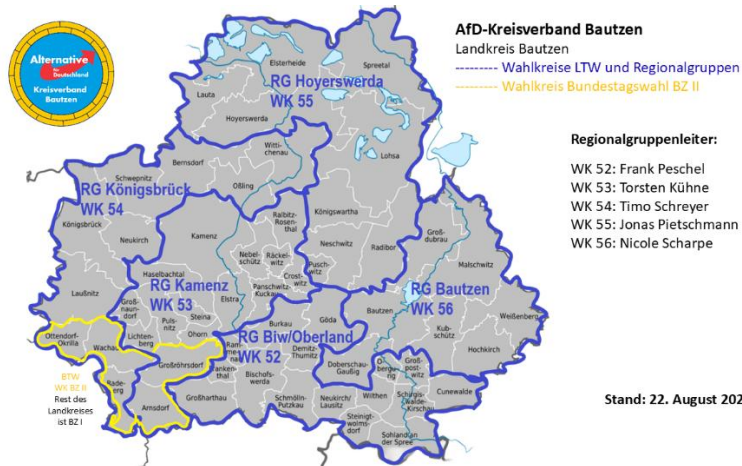
www.facebook.com/AfD-Regionalgruppe-Kamenz-217220858708004
www.afd-stadtrat-pulsnitz.de
www.afdpulsnitz.de/

Stadtratsfraktion Radeberg

www.facebook.com/groups/465255757689215/



Regionalgruppen im KV Bautzen



SPENDENKONTO

AfD Kreisverband Bautzen
IBAN: DE 1685 0503 0002 2578 5552
BIC: OSDDDE81XXX
Ostsächsische Sparkasse

Entscheiden Sie selbst, ob ein Teil Ihrer Steuern besser als Spende beim Verein oder der Partei Ihrer Wahl aufgehoben ist oder beim Bundesfinanzminister!

VIEL SPAß BEIM LESEN UND VERBREITEN!

KONTAKT:

Büro Bautzen
Postplatz 1
02625 Bautzen
03591-5328336
Montag – Donnerstag
10.00-18.00 Uhr
Freitag 8.00 – 16.00 Uhr

Büro Hoyerswerda
Spremberger Str. 11
02977 Hoyerswerda
03571-2096287
Montag: Geschlossen
Di/Mi: 9.00-16.00 Uhr
Do/Fr: 10.00-18.00 Uhr

Büro Kamenz
Klosterstr. 4
03578-7889108
Montag 12.00-18.00 Uhr
Dienstag 10.00-18.00 Uhr
Mittwoch 12.00-18.00 Uhr
Donnerstag 8.00-18.00 Uhr
Freitag 8.00-13.00 Uhr

www.afdbautzen.de
info@afdbautzen.de



AfD-Kreisverband Bautzen